

# **Stadt Marienmünster**

Der Bürgermeister



## **Niederschrift**

03/049/2026

über die Sitzung **des Ausschusses für Umwelt, Planen und Bauen**  
am **Mittwoch**, dem **18.02.2026**, von **18:00 Uhr** bis **21:05 Uhr**  
im **Sitzungssaal des Rathauses**

### **Anwesend:**

Bürgermeister  
Kai Schöttler

Vorsitzende/r  
Marcus Kaiser

stellv. Vorsitzende/r  
Josef Wolff

Ordentliche Mitglieder  
Wolfgang Becker  
David Hensel  
Reinhard Lammersen  
Hermann Müller  
Burkhard Münster  
Mathias Schmidt  
Dominik Wichmann

als beratendes Mitglied  
Markus Wellbrink

stellv. Mitglieder  
Josef Büker  
Stefanie Pohlmeier

Protokollführer  
Stefan Niemann

von der Verwaltung  
Klaus Hasenbein  
Nicole Klages  
Levin Mönks  
Maximilian Tuma

### **Abwesend:**

Ordentliche Mitglieder  
Uwe Bickmann  
Michael Potthast

Presse

Eine Redakteurin der Neuen Westfälischen

Zuhörer

Ein Ratsherr und sechs interessierte Bürger.

**Öffentlicher Teil****1. Eröffnung der Sitzung**

Marcus Kaiser begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Stefan Niemann regt an, die Tagesordnung um den Punkt 5 – „Antrag auf Überprüfung der Schallemissionen der 4 neuen Windkraftanlagen Bredenborn, Bellersen, Altenbergen (Antrag SPD-Fraktion)“ zu erweitern.  
Es wird über die Aufnahme abgestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen.

**2. Haushaltsplanung 2026 - bauliche Maßnahmen  
Vorlage: 997/2026**

Klaus Hasenbein stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die für das Haushaltsjahr 2026 berücksichtigten Maßnahmen laut Anlage 1 zur Vorlage 997/2026 vor.

*Die nachfolgende Nummerierung entspricht der Nummerierung in den Anlagen zur Vorlage:*

Zu Nr. 2:

Auf Nachfrage von Josef Wolff bestätigt Stefan Niemann, dass die veranschlagten Mittel einen Präventivposten darstellen.

Zu Nr. 3:

Josef Büker erfragt, ob der derzeitige Mieter in diesem Jahr auszieht. Nicole Klages bestätigt dies und ergänzt, dass die Sanierungsmaßnahme vor einer erneuten Vermietung notwendig ist.

Zu Nr. 8:

Nicole Klages bestätigt auf Nachfrage von Josef Wolff, dass die veranschlagten Mittel für den reinen Austausch der Badkeramik auskömmlich sind. Es wird diskutiert, ob eine umfangreichere Sanierung der Toilettenanlage sinnvoll wäre. Nicole Klages erklärt, dass sie mit Vertretern der Löschgruppe über den Umfang der Maßnahme gesprochen und Zustimmung gefunden habe. Das Ziel der Maßnahme sei es, die Anlage wieder nutzbar zu machen.

Zu Nr. 9:

Mathias Schmidt erfragt den Grund für die Übertragung aus dem letzten Haushaltsjahr und die Erhöhung des Ansatzes. Nicole Klages führt aus, dass die Maßnahme im vorherigen Jahr zeit-

lich nicht umsetzbar war. Zudem seien in der ursprünglichen Kalkulation eine notwendige Fällung von Bäumen sowie entsprechende Ersatzpflanzungen nicht berücksichtigt gewesen.

Zu Nr. 10:

Auf Nachfrage von Marcus Kaiser erklärt Klaus Hasenbein, dass die Detailplanung derzeit erstellt wird. Stefan Niemann ergänzt, dass die Löschgruppe in die Planung involviert wird. Maximilian Tuma erklärt auf Nachfrage von Josef Wolff, dass ihm keine Förderprogramme für die Maßnahme bekannt sind.

Zu Nr. 17:

Auf Nachfrage von Josef Wolff erklärt Klaus Hasenbein, dass eine Konstruktion aus Recycling-Kunststoff-Material vorgesehen ist.

Zu Nr. 21 und 22: Josef Wolff erkundigt sich, ob für die abwassertechnische Erschließung mit Kosten für die Stadt zu rechnen ist. Klaus Hasenbein erklärt, dass die Erschließungskosten in den Satzungsgebieten in Eilversen und Papenhöfen vom jeweiligen Bauherrn getragen werden.

Zu Nr. 23:

Josef Büker erfragt den Planungsstand für das neue Baugebiet. Stefan Niemann erklärt, dass der Kreis Höxter momentan die notwendigen Unterlagen erstellt. Aufgrund der derzeit geringen Nachfrage nach Bauland in Kollerbeck sehe er allerdings keinen Zeitdruck für die Bearbeitung.

Zu Nr. 28: Klaus Hasenbein bestätigt auf Nachfrage von Mathias Schmidt, dass in den nächsten Jahren mit weiteren Investitionen in die Kläranlagen zu rechnen ist. Maximilian Tuma ergänzt, dass eine Machbarkeitsstudie durchgeführt wurde, aufgrund der künftige Maßnahmen förderfähig werden. Dies mache zeitnahe Investitionen sinnvoll.

Zu Nr. 36:

Markus Wellbrink erkundigt sich, ob bei den vorgesehenen Maßnahmen in „smarte“ Straßenbeleuchtung investiert werden soll. Klaus Hasenbein erläutert, dass ein smarterer Ausbau im gesamten Stadtgebiet noch nicht sinnvoll ist. Allerdings sei eine räumlich begrenzte Erprobung denkbar. Es werde aber auch geprüft, ob die bestehenden Köpfe nachgerüstet werden können. Auf Nachfrage von Josef Wolff bestätigt er, dass die Mittel überwiegend zur Ergänzung neuer Standorte an nicht ausreichend ausgeleuchteten Stellen verwendet werden sollen.

Zu Nr. 37:

Auf Nachfrage von Hermann Müller erklären Klaus Hasenbein und Stefan Niemann, dass die ersten Neubauten von Bauwilligen voraussichtlich im Herbst 2026 beginnen können.

Zu Nr. 38:

Auf Nachfrage von Josef Wolff erklärt Klaus Hasenbein, dass im Frühjahr eine Anwohnerversammlung stattfinden wird. Auf Nachfrage von Josef Büker bestätigt er, dass die anfallenden Kosten auf die Anwohner umgelegt werden.

Zu Nr. 39:

Auf Nachfrage von Reinhard Lammersen nach den aus seiner Sicht überhöhten Kosten erklärt Klaus Hasenbein, dass der veranschlagte Betrag auf einem vorliegenden Angebot basiert.

Zu Nr. 41:

Markus Wellbrink erfragt, ob die Verwaltung geprüft hat, einige Brücken aufzugeben und abzureißen. Klaus Hasenbein erklärt, dass diese Möglichkeit grundsätzlich besteht. Es handele sich aber fast ausschließlich um innerörtliche Brücken, deren Abriss nicht populär sein dürfte. Vorschläge für zum Abriss geeignete Brücken nehme er gern entgegen. Er werde aber erst nach politischem Beschluss aktiv.

Zu Nr. 46:

Mathias Schmidt hinterfragt die Höhe der veranschlagten Mittel. Es folgt eine Diskussion über geeignetes Material zur Umsetzung. Klaus Hasenbein signalisiert, für eine spätere Diskussion zur genauen Ausgestaltung (z.B. Betonstützen) zur Verfügung zu stehen.

Zu Nr. 49:

Stefan Niemann führt aus, dass die veranschlagten Mittel im Haushaltsjahr 2025 nicht genutzt wurden und bittet um Vorschläge der politischen Gremien für geeignete ökologische Maßnahmen. Auf Nachfrage von Wolfgang Becker erklärt er, dass bislang beispielsweise eine Baumpflanzaktion, die Förderung der Balkonkraftwerke, Rigolen und der Austausch veralteter Kühlschränke über diese Mittel finanziert wurden.

Marcus Kaiser bittet um Meldung, ob Anmerkungen zur Anlage 2 der Sitzungsvorlage bestehen.

Zu Nr. 37:

Wolfgang Becker kritisiert, dass die Maßnahme nicht berücksichtigt werden soll. Nicole Klages führt aus, dass zunächst aus dem Ort heraus die Pflege organisiert werden sollte. Derzeit finde u.a. aufgrund der Sauberkeit im Inneren kaum eine Nutzung statt, die eine aufwendige Sanierung rechtfertige.

Zu Nr. 45:

Auf Nachfrage von Josef Büker erklären Stefan Niemann und Kai Schöttler, dass die Haushaltslage eine Fortsetzung des Straßen- und Wirtschaftswegekonzepes nicht hergibt. Es stehe dem Rat aber frei, Mittel über den Haushalt bereitzustellen. Es seien noch einige offene Maßnahmen in dem Konzept vorrätig.

### **3. Erneuerung der Fußgängerbrücke über die Niese am Riepenberg - hier: Änderung der Bauplanung (Antrag SPD-Fraktion)**

Stefanie Pohlmeier stellt den Antrag vor. Anschließend erklärt Klaus Hasenbein anhand einer PowerPoint-Präsentation die derzeitige Brückenplanung.

Er merkt an, dass die geplante Brücke bei Hochwasser einen Mindestabstand zur Wasseroberfläche der Niese halten muss und die Brücke daher nicht barrierefrei erbaut werden kann. Eine barrierefreie Zuwegung würde weit in den Wendehammer auf der einen Seite und sehr nah an die Kreisstraße auf der anderen Seite reichen. Eine Verbreiterung der Brücke werde zudem vorgenommen, um die nach Norm vorgesehene Nutzung mit Kinderwagen, eine zumindest barrierearme Nutzung für Gehbehinderte und das Schieben von Fahrrädern gewährleisten zu können. Der derzeit geplante Bodenbelag weise eine Maschenweite von 10 x 30 mm auf und könne zusätzlich mit einem rutschhemmenden Lack beschichtet werden.

Stefan Niemann gibt zu bedenken, dass eine grundlegende Änderung der bisherigen Planung eine zeitliche Verzögerung und höhere Kosten zur Folge haben könnte, zumal die bisherige Planung eigentlich Zustimmung aller Ortsausschussmitglieder gefunden habe.

Der Antrag wird diskutiert. Die meisten Mitglieder erklären, dass der gewählte Brückenbelag geeignet ist. Feuchtigkeit und Schnee können direkt in den Bach durchgeleitet oder durchgetreten werden, wodurch eine gute Rutschhemmung erreicht werden kann. Darüber hinaus ist eine Verzögerung der Errichtung nicht vertretbar.

Josef Büker ergänzt, dass die Brücke die einzige sichere Zuwegung zur Bushaltestelle darstellt. Anschließend wird abgestimmt.

**Beschluss:**

Die Brücke über die Niese am Riepenberg in Kollerbeck muss erneuert werden. Die Bauplanung wird überarbeitet. Das Gutachten wird offengelegt. Die Planung für eine Brücke mit fußgängerfreundlichem und sicherem Belag wird neu ausgearbeitet; keine Gitterroste! Die Brücke wird nicht (allenfalls unwesentlich) verbreitert.

Die Barrierefreiheit ist dabei als Ziel zu überprüfen. Der Zustand der neuen Brücke sollte in jedem Fall keine Verschlechterung in punkto Barrierearmut gegenüber der alten Brücke werden. Die Zugänglichkeit für ältere Menschen oder Menschen mit körperlichen Einschränkungen sollte verbessert werden.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich abgelehnt

Ja: 1            Nein: 10

#### **4. Fällung einer Linde an der Mauer des Friedhofs Bredenborn Vorlage: 998/2026**

Burkhard Münster stellt den Sachverhalt vor.

Die Mitglieder sind einhellig der Meinung, dass die Kostenschätzung zu hoch ist.

Stefan Niemann erklärt, dass Maßnahmen zur Reparatur der Mauer in der Kostenschätzung inbegriffen sind.

Der Sachverhalt wird diskutiert. Es kristallisiert sich heraus, dass zu diesem Zeitpunkt ausschließlich eine Fällung gewünscht ist, um weiteres Wurzelwachstum zu unterbinden.

Josef Wolff regt an, dass das Interesse einer Fällung bei einer ortsansässigen Firma erfragt werden soll, die gleichzeitig das Holz zur Erstellung von Holzhackschnitzeln nutzen könnte.

Stefan Niemann gibt zu bedenken, dass eine Fällung des Baumes kompliziert ist, da sich unter dem Baum Grabmäler befinden.

Auf Nachfrage von Markus Wellbrink schätzt Klaus Hasenbein die Kosten für eine fachkundige Fällung, ohne folgende Maßnahmen zur Herrichtung der Mauer, auf 7.000 EUR bis 8.000 EUR.

Auf Anregung von Wolfgang Becker und Dominik Wichmann wird die Beschlussvorlage geändert.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen beschließt die Fällung der Linde westlich des Eingangstores auf dem Friedhof Bredenborn. Der Ortsausschuss Bredenborn legt die Standorte für die notwendigen Ersatzpflanzungen fest.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen.

#### **5. Antrag auf Überprüfung der Schallemissionen der 4 neuen Windkraftanlagen Bredenborn, Bellersen, Altenbergen (Antrag SPD-Fraktion)**

Stefanie Pohlmeier stellt den Antrag vor.

Stefan Niemann führt – wie bereits in der Sitzung des Rates am 11.02.2026 – aus, dass die Stadt Marienmünster nicht berechtigt ist, eine Messung zu beantragen. Selbst ein Beschluss

des Rates würde nicht zum gewünschten Erfolg führen. Er sei trotzdem mehrmals wöchentlich mit dem Kreis Höxter in Kontakt. Allerdings konnte weder der Kreis Höxter noch er selbst bislang bei inoffiziellen Ortsterminen eine zu hohe Schallbelastung feststellen.

Er bittet erneut um die Übermittlung relevanter Daten, damit die von den Bürgern wahrgenommene Belastung nachvollzogen werden könne. Diese Daten umfassen den genauen Standort der Wahrnehmung, das Datum und die Uhrzeit, die vorherrschende Windrichtung und eine Beschreibung des Geräuschs. Zudem gibt er zu bedenken, dass der Anlagenbetreiber einen Rechtsanspruch hat, die offizielle Abnahmemessung bis ein Jahr nach Inbetriebnahme hinauszuzögern.

Es wird kontrovers diskutiert und dabei festgestellt, dass andere Anlagen rund um Bredenborn bei vergleichbaren Verhältnissen keine störenden Geräusche verursachen. Stefan Niemann ergänzt, dass die umstrittenen Anlagen die Ersten ihrer Bauart in Deutschland sind.

Mathias Schmidt regt an, dass die Verwaltung pressewirksam mitteilen sollte, wie betroffene Bürgerinnen und Bürger relevante Informationen mitteilen können.

Nach anschließender Diskussion über die beste Methode der Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger erklärt Kai Schöttler, dass entsprechende Informationswege geklärt werden.

## **6. Mitteilungen und Anfragen**

### **6.1. Umstellung der Nachtschaltung der Straßenbeleuchtung**

Stefan Niemann teilt mit, dass in der nachfolgenden Woche die Schaltzeiten der Straßenbeleuchtung umgestellt werden sollen. Der Beschluss zum Wegfall der Nachtabschaltung am Wochenende werde nun technisch umgesetzt.

### **6.2. Stand Bauleitplanverfahren "Heideweg"**

Wolfgang Becker erkundigt sich nach dem Stand des Bauleitplanverfahrens „Heideweg“. Stefan Niemann erklärt, dass momentan die Öffentlichkeitsbeteiligung stattfindet und – sofern keine relevanten Stellungnahmen eingehen – die Änderung anschließend beschlossen werden kann.

### **6.3. Anfragen zur Straßenbeleuchtung**

Markus Wellbrink teilt mit, dass der Eingang-/Ausgangsbereich der Sporthalle Bredenborn sehr dunkel ist und bittet um Prüfung, ob zusätzliche Beleuchtung geschaffen werden kann.

Wolfgang Becker erfragt, ob bei der Stadt Marienmünster eine Anfrage der Westfalen Weser zur Übernahme der Straßenbeleuchtung vorliegt. Kai Schöttler bestätigt, dass eine entsprechende Anfrage vorliegt. Derzeit scheitert ein konkretes Angebot noch daran, dass in einigen Teilen des Stadtgebiets keine Bestandspläne zu den Leitungsverläufen vorliegen. Er gibt zudem zu bedenken, dass Nachbarstädte, die ihre Straßenbeleuchtung an Westfalen Weser veräußert haben, über eine schleppende Störungsbeseitigung klagen.

## **7. Fragen von Einwohnern**

Stefan Niemann beantwortet eine Frage zur Beschaffenheit des geplanten Brückenbelags der in TOP 3 behandelten Brücke in Kollerbeck.

Eine Bürgerin erkundigt sich, ob weitere Windenergieanlagen des gleichen Fabrikats in Marienmünster geplant sind, wie die in TOP 5 behandelten Anlagen. Stefan Niemann erklärt, dass die momentan geplanten Anlagen allesamt von Herstellern stammen, bei denen unter normalen Umständen nicht mit derselben Problematik zu rechnen ist.

Auf Nachfrage eines Bürgers erklärt Stefan Niemann, dass der Umlageschlüssel für den Erschließungskostenbeitrag der Anwohner der Straßen Steffenskamp und Steinbreite bei 90 Prozent liegt. Die im Haushalt veranschlagten Mittel seien allerdings voraussichtlich nicht die tatsächlichen Kosten, da die Anlieger im Rahmen einer Anliegerversammlung den Umfang der Maßnahme beeinflussen können.

Der Bürger erfragt, ob die Straße Steinbreite ausgebaut werden muss oder ob es sich rechtlich eher um eine Sanierung handelt. Kai Schöttler erklärt, dass es eine umfangreiche Untersuchung des Sachverhalts gegeben hat, mit dem Ergebnis, dass es sich ganz klar um einen Ausbau handelt. Genauere Informationen werden in der Anliegerversammlung mitgeteilt.

gez. Marcus Kaiser  
Vorsitzende/r

gez. Stefan Niemann  
Protokollführer/in